



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Wir sind umgezogen!

Büro:
Charlotte Biskup
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621
charlotte-biskup@web.de

Öffnungszeiten:
Mo., Di. + Fr. 9-12Uhr

Konstanz, 11.06.2007

Pressemitteilung: „Lehmann begrüßt Verbot von „Flatrate-Partys“

Grüner Landtagsabgeordneter Siegfried Lehmann begrüßt die Einsicht der Landesregierung, dass die so genannten Flatrate-Partys dem Alkoholmissbrauch insbesondere Jugendlicher Vorschub leisten. „Ich freue mich sehr, dass die Landesregierung von ihrer bisherigen Meinung, die bisherige gesetzliche Regelung sei ausreichend, abweicht und nun zumindest in einem ersten Schritt am vergangenen Freitag die Regierungspräsidien angewiesen hat, Partys mit Alkohol zum Pauschalpreis zu verbieten.“

Bereits im April hatte die Grüne Landtagsfraktion einen Antrag eingereicht, in dem sie die Landesregierung dazu aufforderte, durch ein gesetzliches Verbot gegen das Werben für und Anbieten von Alkoholausschank zu Pauschalpreisen vorzugehen. Grundlage für diesen Antrag waren Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts, nach denen die Zahl der alkoholbedingten Behandlungsfälle von Kindern und Jugendlichen im Alter bis 20 Jahren in Baden-Württemberg im Jahr 2005 um 65 Prozent gestiegen ist. Diese Entwicklung hält der Grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann für alarmierend und verweist auf die dramatische Entwicklung im Landkreis Konstanz. „Im Landkreis Konstanz hat sich die Zahl der alkoholbedingten Behandlungsfälle von 60 Kindern und Jugendlichen im Alter von 10 bis 20 Jahren im Jahr 2001 auf 138 Kinder und Jugendliche im Jahr 2005 gesteigert!“

Das Einstiegsalter, in dem Jugendliche zum Alter greifen, liegt nach Auskunft des Statistischen Landesamts mit 13,9 Jahren im Landkreis Konstanz auf sehr niedrigem Niveau – trotz der vorbildhaften Kampagnen und Präventionsmaßnahmen wie „b.free“ des Rotary-Club Radolfzell-Hegau. Dies führt der Grüne Abgeordnete auch auf die kontraproduktiv wirkenden Angebote einiger

größerer Diskotheken zurück. „Selbst die beste Informations- und Präventionskampagne wird nur einen geringen Erfolg verzeichnen können, solange Diskotheken und Kneipen mit All-inclusive-Preisen und Flatrate-Angeboten werben!“ Diese Partys leisteten dem Alkoholmissbrauch Vorschub. Am vergangenen Mittwoch hatten bereits Gewerberechts-Experten aus Bund und Ländern diese Partys für unzulässig erklärt. Auch die Werbung für «Flatrate-Partys» kann ihrer Ansicht nach verboten werden, da diese ein klares Indiz für die Alkoholabgabe an Betrunkene sei. Wer als Kneipenbesitzer dennoch derartige Partys veranstalte, müsse mit Sanktionen bis hin zum Entzug der Gaststättenerlaubnis rechnen.

Der Landtagsabgeordnete begrüßt daher das Einlenken der Landesregierung zumindest durch einen Erlass, Partys mit Alkohol zum Pauschalpreis zu verbieten, auch wenn er nach wie vor eine klare gesetzliche Regelung für zwingend geboten und zielführender hält. „Den Diskotheken eine Entscheidungsfreiheit in dieser Frage zu überlassen, wäre aus meiner Sicht verantwortungslos gewesen. Gewaltausschreitungen alkoholierter Jugendlicher zeigen, dass es sich nicht ausschließlich um ein Problem einiger weniger Jugendlicher handelt, welches von der Polizei in den Griff bekommen werden muss. Hier ist ein politisches Signal und die Verantwortung der Gesellschaft gefragt!“

Aus Sicht des Landtagsabgeordneten ist für eine nachhaltige Reduzierung des Alkoholkonsums bei Jugendlichen jedoch ebenso wichtig, dass neben der nun erfolgten Schaffung einer gesetzlichen Grundlage auch eine konsequente Kontrolle des Jugendschutzes durchgeführt wird. Auch die Fortführung und ein Ausbau an niederschweligen Präventions- und Aufklärungsangeboten hält der Grüne Abgeordnete Lehmann für notwendig. „Ein erster Schritt ist mit dem angekündigten Verbot von Seiten der Landesregierung nun erfolgt. Jetzt heißt es, die Einhaltung des Jugendschutzes vor Ort konsequent zu kontrollieren und betroffenen Jugendlichen sowie ihren Familien ein Informationsangebot bereitzustellen. Auch langfristige und nachhaltige Aufklärung an Schulen und Vereinen halte ich für einen wesentlichen Beitrag, um dem in den letzten Jahren entstandenen Trend entgegen zu wirken!“